Teil C: Angebotsschreiben

Name des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft

Bei Bietergemeinschaft: Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Nationale Identifikationsnummer des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft (bitte ankreuzen und ergänzen)
☐ USt.-Identifikationsnummer: _____
☐ Handelsregister-Nr. HR_____ Amtsgericht: _____

Angaben zur Größe des Bieterunternehmens (bitte ankreuzen)
☐ Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz)
☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz und kein Kleinstunternehmen)
☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz und kein kleines Unternehmen)
☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)

Angabe der Nationalität des Eigentümers des Bieterunternehmens (sofern keine Börsennotierung vorliegt) (bitte ankreuzen und ggf. ausfüllen)
☐ Das Unternehmen **ist** börsennotiert.
☐ Das Unternehmen **ist nicht** börsennotiert. Der wirtschaftliche Eigentümer (d. h. der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatangehörigkeit: _____

Ich/wir biete/n die Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung auf Basis der vertraglichen Bedingungen und zu den im Angebot genannten Konditionen an. Ich/Wir halte/n uns an mein/unser Angebot bis zum Ablauf der in den Vergabeunterlagen genannten Bindefrist gebunden. Ich/wir erkläre/n, dass meine/unsere Erklärungen und Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir bei fehlenden oder unzutreffenden Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann/können.

Mein/unser Angebot umfasst neben diesem Formblatt folgende Bestandteile:

1. **Ausgefülltes Leistungsverzeichnis (Anlage C01).**
   Bitte füllen Sie die separat beigefügte GAEB-Datei vollständig aus. **Bitte reichen Sie das ausgefüllte Leistungsverzeichnis sowohl als GAEB-Datei als auch als .pdf-Datei ein.**

2. **Qualifikationen/Zertifizierungen**
   Bitte fügen Sie dem Angebot aktuell gültige Qualifikationen/Zertifizierungen gemäß den Vorgaben in **Teil A, Anlage A01** der Vergabeunterlagen bei.

3. **Referenzblatt (Anlage C02) in erforderlicher Anzahl.**
   Bitte verwenden Sie das jeweilige Referenzblatt in entsprechender Anzahl und nummerieren Sie die Referenzleistungen fortlaufend. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).

4. **Liste der Nachunternehmerleistungen (Anlage C03).**
   Bitte machen Sie in der Anlage vollständige Angaben dazu, welche Teile der Leistung Sie an Nachunternehmer weitergeben wollen. Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Anforderungen des Auftraggebers (**Teil A, dort Abschnitt L**).

5. **Im Falle der Eignungsleihe: Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage C04) in erforderlicher Anzahl.**
   Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt M der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

6. **Im Falle einer Bietergemeinschaft: Rechtsverbindlich unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung (Anlage C05).**
   Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt N der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

Ort, Datum	**Name der erklärenden Person:**

A. Jahresumsätze

Umsätze in Euro, netto:

	Jahresumsatz insgesamt	**Jahresumsatz aus dem Bau und der Sanierung von Trinkwasser- und Gasversorgungsleitungen inkl. dazugehöriger Tiefbauarbeiten** (Bitte beachten Sie die **Mindestanforderung** des Auftraggebers gem. Teil A, Anlage A01)
2023		
2024		
2025		

B. Qualifikationen/Zertifizierungen

I. Unternehmensqualifikationen/Zertifizierungen

Ich/wir erkläre/n rechtsverbindlich, dass ich/wir über die folgenden Qualifikationen/Zertifizierungen verfüge/n:

Qualifikation/Zertifizierung	**Eigenerklärung**
Für den Bau von Trikwasserleitungen in offener Weise: Gültige Zertifizierung nach DVGW-Arbeitsblatt GW 301, mindestens Gruppe W2 für den Werkstoff PE, oder gleichwertig.	☐ Ich/wir erkläre/n, diese Zertifizierung zu besitzen.

Dem Angebot sind für die o. g. Qualifikationen/Zertifizierungen **aktuell gültige Nachweise** beizufügen.

II. Personalqualifikationen

Ich/wir erkläre/n rechtsverbindlich, dass folgende einzusetzende Mitarbeiter über die erforderliche Qualifikation verfügt:

Qualifikation/Zertifizierung	Benennung des Mitarbeiters
Schweißaufsicht: Benennung mindestens einer qualifizierten Schweißaufsicht und Nachweis einer gültigen Qualifikation nach DVGW-Arbeitsblatt GW 331 oder gleichwertig.	_____ _____ _____
Ausführende Schweißer: Benennung von mindestens einem für die Auftragsausführung vorgesehenen PE-Schweißer und Vorlage gültiger Prüfbescheinigung nach DVGW-Arbeitsblatt GW 330 oder gleichwertig.	_____ _____ _____
Für Arbeiten an asbesthaltigen Faserzementrohren: Benennung mindestens einer sachkundigen verantwortlichen beziehungsweise aufsichtführenden Person und Nachweis der für die ausgeschriebenen Arbeiten erforderlichen Sachkunde nach TRGS 519.	_____ _____ _____

Die qualifizierten Mitarbeiter sind namentlich zu benennen. Dem Angebot sind für die o. g. Qualifikationen **aktuell gültige Nachweise** beizufügen.

C. Haftpflichtversicherung

Wir erklären, dass wir eine den Vorgaben der des Vergabeverfahrens (**Anlage A01 Krit. 2**) entsprechende Haftpflichtversicherung abgeschlossen haben bzw. im Auftragsfall eine solche abschließen werden.

Die folgende Tabelle ist nur auszufüllen, wenn bereits ein den Anforderungen entsprechender Versicherungsschutz vorhanden ist.

Name der Versicherung; Vers.-Nr. (sofern bereits bestehend):	Versicherungssummen in Mio. EUR
	(mind. 3 Mio. EUR für Personen-, Sach- und Vermögenschäden)
Personenschäden:	
Sachschäden:	
Vermögensschäden:	

Wir werden das Bestehen der Versicherung auf Verlangen vor einem möglichen Zuschlag und auch später jederzeit gegenüber dem Auftraggeber nachweisen.

D. Technische Ausstattung und Geräte

Bitte machen Sie Angaben der für dem Auftrag zur Verfügung stehenden technischen Ausstattung. Bitte beachten Sie dabei die Mindestanforderungen des Auftraggebers in Teil A, Anlage A01.

E. Gesetzliche Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

II. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

III. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigende Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

F. Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG

Bitte ankreuzen:

☐ Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bau- oder Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und

2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
   - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
   - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
   - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
   - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Soweit ich/wir Nachunternehmer einsetze/n, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns weiterhin, den eingesetzten Nachunternehmern die vorstehende Erklärung sowie ggf. den Nachweis nach § 8 Abs. 2 NTVergG abzuverlangen und diese Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen.

G. Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Bitte ankreuzen:

☐ Der Bieter/die Mitglieder der Bietergemeinschaft gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland,
b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter/an einem Mitglied der Bietergemeinschaft über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
c) durch das Handeln des Bieters/eines Mitglieds der Bietergemeinschaft im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf welche die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

☐ Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.